



Leserbrief zu Abstimmungsparolen 15. Mai 2011

Empfänger	Glattaler
Zur Kenntnis an	
Absender	Stefanie Huber
Datum	April 2011
Betrifft	Abstimmungen vom 15. Mai 2011

Stellungnahme der GEU/ glp zu den kommenden kantonalen Abstimmungen

I. STEUERGESETZ

Der Regierungsrat sieht mit seinem Vorschlag vor, die hohen Einkommen und Familien zu entlasten. Die Grünliberalen haben einen eigenen Gegenvorschlag eingereicht, welcher eine geringere Entlastung der hohen Einkommen vorsieht, da die Vorlage des Regierungsrats zu hohe Steuerausfälle zur Folge hätte. Leider wurde unser zusätzlicher Vorschlag, die Steuerausfälle über den Strassenverkehrsfonds zu kompensieren, für nicht gültig erklärt. Wir empfehlen, der *Vorlage 1.B. der Grünliberalen zuzustimmen*. Bei der Stichfrage Regierungsrats-Vorlage versus Gegenvorschlag „Tiefere Steuern für Familien“ ist die Vorlage des Regierungsrates vorzuziehen.

II. FINANZAUSGLEICHSGESETZ

Das kantonale Finanzausgleichsgesetz vermittelt zwischen den Gemeinden in Bezug auf Steuerkraft, Zentrumslasten, Demographie etc. Der Kantonsrat konnte sich nach langen Verhandlungen auf einen mehrheitsfähigen Kompromiss einigen. Für die glp steht im Fokus, dass mit dem neuen Gesetz ein Systemwechsel eingeführt wird, der verschiedene Fehlansätze beseitigt und dafür sparsames Verhalten in den Gemeinden, aber auch mehr Autonomie in den Empfängergemeinden fördert. Im Sinne des Gesamtpaketes *unterstützen die Gruppe Energie und Umwelt (GEU) und die Grünliberalen Dübendorf (glp) das Finanzausgleichsgesetz und empfehlen den Gegenvorschlag zur Ablehnung*.

III. KRANKENKASSENPRÄMIEN

Das heutige System der Verbilligung für Krankenkassenprämien löst häufig Kopfschütteln aus und bringt durch das „Giesskannen-Prinzip“ immer wieder unsinnige Begünstigungen hervor. Wer Verbilligungen der Krankenkassenprämien braucht, dem sollen sie zugute kommen. Dies bedingt jedoch einen Systemwechsel und eine Konzentration der Mittel auf die wirklich darauf angewiesenen Personen. Ausserdem verwischen Prämienverbilligungen für einen Grossteil der Bevölkerung die wahren Kosten der Gesundheitsversorgung und lassen die Ansprüche steigen. Die glp ist deshalb im Kantonsrat aktiv, um mit Vorstössen einen Systemwechsel herbeizuführen.

Bei der jetzigen Abstimmung geht es jedoch nur um die Höhe der Beiträge des Kantons Zürich. Die Kosten für die Prämienverbilligungen sind in den letzten Jahren gestiegen und werden dies ohne Korrekturen weiterhin tun. Während die Initiative eine Erhöhung des Kantonsbeitrages zu den Bundesbeiträgen auf 115% fordert, senkt das vorliegende Gesetz diese auf 80%.

Die GEU / glp empfiehlt deshalb das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz zur Annahme und lehnt die Volksinitiative „Tragbare Krankenkassenprämien für alle“ ab.

IV. SUIZIDHILFE

Die beiden *kantonalen Volksinitiativen* „Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich!“ und „Stopp der Suizidhilfe!“ sehen strenge Regeln vor, um die Sterbehilfe und den Sterbetourismus einzuschränken. Den Grünliberalen ist bewusst, dass die heutige Regelung der Sterbehilfe nicht genügt. Wir sind aber der Meinung, dass eine bundesweite Regelung der organisierten Suizidhilfe nötig ist. Regelungen nur für den Kanton Zürich sind nicht zielführend, sondern führen höchstens zu einer Ungleichbehandlung. Die beiden Initiativen sind in den Augen der GEU / glp nicht der richtige Weg, weshalb wir *Ablehnung* empfehlen.

V. INITIATIVE MUNDART IM KINDERGARTEN

Die Grünliberalen stellen sich hinter die bisherige Regelung mit 1/3 Mundart, 1/3 Hochdeutsch und 1/3 freie Wahl durch die KindergärtnerInnen, welche sich bewährt hat. Die Forderungen der Initianten sind zu einseitig und lassen keinen Spielraum. Daher empfehlen GEU / glp die *Initiative zur Ablehnung*.